

rungen zu geben. Die „Tipps“ erstrecken sich über ein weites Spektrum, so wird beispielsweise bei der Nuklearmedizin auf andere Dosen an Radioaktivität oder bei der Röntgendiagnostik auf die mögliche Verwendung anderen Filmmaterials hingewiesen.

Gute Zusammenarbeit

„Mit den meisten Ärzten, Praxen und Krankenhäusern arbeiten wir gut und kollegial zusammen“, stellt Kuchler die Kooperation mit den insgesamt rund 1000 zu überprüfenden Institutionen dar. Während die Ärztliche Stelle Röntgendiagnostik für 655 Kliniken

und Privatärzte zuständig ist, fallen in den Aufgabenbereich der Ärztlichen Stellen Nuklearmedizin, Strahlentherapie und Röntgendiagnostik zusätzlich alle Vertragsärzte in Bayern. Zwar sind mit der „verpflichtenden Serviceleistung“ der Ärztlichen Stellen natürlich Kosten verbunden, doch findet die Beratung zusammen mit den Ergebnissen aus der Überprüfung beim Großteil der Institute direkte Umsetzung, schließlich ist das Interesse für stetige Qualitätsverbesserung groß. Nur ganz selten ist es notwendig, bei wiederholter Nichtbeachtung als letzten Schritt die staatliche Ebene, das Gewerbeaufsichtsamt, einzuschalten.

Positive Bilanz

Dass die Ärztlichen Stellen wichtige Arbeit im Bereich des Strahlenschutzes leisten, belegt die spürbare Verbesserung der Qualität der eingereichten Aufnahmen, die besonders in der Röntgendiagnostik über die Jahre hinweg sichtbar ist. So wurden in den letzten Jahren bei 90 Prozent der Untersuchungen keine oder nur geringfügige Mängel festgestellt. Ziel für die „jüngeren“ Ärztlichen Stellen ist es nun, ebenso auf die Qualitätsverbesserung in der Strahlentherapie und Nuklearmedizin Einfluss zu nehmen, um an eine derartige Bilanz anschließen zu können.

Sabine Eigen (BLÄK)

Sonderschicht Weiterbildung

Am Samstag, den 16. Juli 2005 legten nicht nur 16 Mitarbeiterinnen der Referate Weiterbildung I und II der Bayerischen Landesärztekammer (BLÄK) einen „Sonder-Arbeitstag“ ein, sondern auch BLÄK-Präsident Dr. H. Hellmut Koch, Hauptgeschäftsführer Dr. Rudolf Burger sowie die beiden zuständigen Referatsleiter Dr. Judith Niedermaier und Thomas Schellhase waren vor Ort.

Wie aus dem Tätigkeitsbericht der BLÄK 2004/2005, der mit dem September-Heft des *Bayerischen Ärzteblattes* veröffentlicht wurde, entnommen werden kann, kam es durch das In-Kraft-Treten der „neuen Weiterbildungsordnung“ am 1. August 2004 zu einem dramatischen zahlenmäßigen Antrags- und Anfragenanstieg zu den dort geregelten Qualifikationen. Lag die Zahl der gestellten Anträge in den Jahren 2001 bis 2003 jeweils zwischen 2900 und 3500, so betrug sie 7098 im Jahr 2004, was eine Steigerung von mehr als hundert Prozent gegenüber den Vorjahren ausmacht. Dabei handelt es sich um Anträge auf Anerkennung einer Facharzt- oder Schwerpunktbezeichnung, einer fakultativen Weiterbildung, einer Fachkunde oder einer Zusatz-Weiterbildung/Zusatzbezeichnung. Besonders betroffen waren die Zusatz-Weiterbildungen/Zusatzbezeichnungen, bei denen die Steigerung gar über 240 Prozent gegenüber den Vorjahren betrug.

Dies führte einerseits für die Antragsteller zu einer drastischen Verlängerung der Wartezeiten aufgrund des entstandenen Antragsstaus



16 Mitarbeiterinnen legten eine Sonderschicht ein. Im Bild: Dr. Judith Niedermaier, Dr. H. Hellmut Koch, Susanne Jobst, Agnes Rygol, Dr. Rudolf Burger und Alexandra Kämmerer (v. li.).

und zum anderen zu Überstunden und Sonderschichten bei den Sachbearbeiterinnen. Dieses dauerhafte Engagement der Mitarbeiterinnen, das weit über das übliche Arbeitspensum hinausgeht, verbunden mit Personalaufstockungen und verwaltungstechnischen Änderungen, lassen für die Zukunft auf eine Entspannung der Situation hoffen. Durch weitere organisatorische Maßnahmen wird an der Reduzierung des Antragstaus weiterhin intensiv gearbeitet.

Diese „Sonderschicht Weiterbildung“ stellte nicht nur ein Signal des Präsidenten hinsicht-

lich der Bedeutung des Bereiches Weiterbildung in der BLÄK dar sondern unterstrich insbesondere seine Wertschätzung für die Arbeit der Mitarbeiter der BLÄK. Auch wenn die gegenwärtigen Wartezeiten für viele Antragsteller nicht akzeptabel sind und ein gewisser Unmut nachvollziehbar ist, bitten wir dennoch darum, den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern ihre Arbeit nicht durch persönliche Angriffe zu erschweren.

Dr. Judith Niedermaier und
Thomas Schellhase (beide BLÄK)